

Das Dilemma der Kirche

Wie sich die Kirchen in diesem konfliktgeladenen Land verhalten, ist zum Teil durch die Schlagzeilen der Presse bekanntgeworden. (Über deren grundsätzliche Haltung informiert *R. Niemann*, Von Rhodesien zu Zimbabwe, Haaf u. Herchen, Frankfurt a. M., 1976, 47–110). Die Kommission *Justitia et Pax* der Katholischen Bischofskonferenz veröffentlichte zwei ausführliche Berichte über das Verhalten der weißen Truppen gegenüber der afrikanischen Zivilbevölkerung. Die Dokumente, die im Ausland gedruckt werden mußten, deren Inhalt aber in Rhodesien bekanntgeworden ist, haben die Regierung Smith und manche weißen Christen in Salisbury und Bulawayo verärgert (*The Man in the Middle: Torture, Resettlement and Eviction*, Catholic Institute for International Relations, London 1975, 22; deutsche Übersetzung *Rhodesien: Menschen zwischen den Fronten*, Imensee/Schweiz 1976, 48; *Civil War in Rhodesia: Abduction, Torture and Death in the Counter-Insurgency Campaign*, Catholic Institute for International Relations, London 1976, 104).

Durch die Presse sind auch zwei weiße katholische Bischöfe Rhodesiens, Lamont und Schmitt, weiter bekanntgeworden. Der Bischof von Umtali, *Donal R. Lamont O. Carm.*, wurde am 1. Oktober 1976 zu zehn Jahren Gefängnis mit Schwerarbeit verurteilt. Er hatte sich geweigert, Guerilleros der Polizei anzuzeigen, und seine Mitbrüder aufgefordert, ebenso zu handeln. Der ehemalige Bischof von Bulawayo, der Deutsche *Adolf G. Schmitt MM*, wurde am 5. Dezember 1976 mit seinem Mitbruder *Anton Possenti Weggartner* und der Ordensschwester *Maria-Francis Elisabeth van den Bergh* ermordet (HK Januar 1977, 52). Ob es sich beim Mörder, laut Aussagen einer überlebenden Ordensschwester, um einen Guerillero handelte, dürfte kaum je bekannt werden. Der Mörder soll unter noch nicht abgeklärten Umständen dem Gefängnis von Victoria Falls entwichen sein. Seit dem 28. November 1976 vermis-

sen die im Bistum Gwelo arbeitenden Immenseer Missionare den Priester *Georg Jörger*. Ein anderer Schweizer, *Paul Egli*, wurde am 12. Januar 1977 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er bei fünf Gelegenheiten die Anwesenheit von Guerilleros in einer Pfarrei der Polizei nicht gemeldet hatte.

Das kirchliche Leben im ganzen Land, vor allem aber in den Aufmarschgebieten der Guerilleros, ist seit Juni 1976 von der Unsicherheit des Krieges geprägt. Da sind einerseits die rhodesischen Truppen, die vorübergehend Missionsstationen besetzten oder von den von der Kirche errichteten Infrastrukturanlagen Gebrauch machen. Andererseits stoßen die in der Kampfzone lebenden Missionare auf immer mehr Guerilleros, die sie aus Gewissensgründen nicht, wie gesetzlich gefordert, den Behörden anzeigen können.

Missionare wollen bleiben

Bisher genießen die Missionare weitgehend den Schutz der Guerilleros. Ihnen wird immer wieder mitgeteilt, welche Straßen und Wege sicher und welche vermint sind. Je stärker ein Missionar ein Mann des Volkes ist, um so sicherer ist er. Denn Guerilleros haben die Weisung, dem Urteil der Ortsbevölkerung zu folgen, wenn es darum geht, gegen Weiße oder Schwarze mit Gewalt vorzugehen. Das selektive Vorgehen der Guerilleros könnte an vielen Beispielen belegt werden. Auf einer Missionsstation in der Diözese

Umtali wurde z. B. einer der Priester von den Guerilleros aufgefordert, das Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Als seine zwei Mitbrüder fragten, warum sie denn bleiben könnten, erhielten sie zur Antwort: Ihr behandelt die Leute gut.

Weit schwieriger gestaltet sich die Auseinandersetzung der Missionare mit der sozialistischen Ideologie der Guerilleros. Diese unterscheidet sich nicht wesentlich von der Ujamaa-Lehre der tansanischen Regierung. Aber wegen der langjährigen Abgeschnittenheit Rhodesiens von den schwarz regierten Staaten Ostafrikas haben die Missionare einen Informationsrückstand, der sie in der gegenwärtigen Situation und in Zukunft schwer belastet. In einigen Diözesen beginnt man jetzt aber, sich unvoreingenommen mit den gesellschaftspolitischen Modellen Tansanias, Sambias und Mosambiks auseinanderzusetzen.

Unbestritten bleibt der missionarische Grundsatz: Wir bleiben. *Josef Amstutz*, der Generalobere der Schweizer Immenseer Missionare, hat diese Haltung am 27. Dezember 1976 auf einer Pressekonferenz wie folgt ausgedrückt: „Obwohl der grundsätzliche Entscheid, zu bleiben, mit nicht geringen Risiken verbunden ist, läßt uns die Verpflichtung gegenüber der Kirche von Simbabwe keine andere Wahl. Gerade jetzt, in der Zeit der Bedrohung und Erprobung, braucht die Kirche unsere Mitarbeit. Nachdem wir uns in den Dienst dieser Kirche und des simbabwischen Volkes gestellt haben, werden wir jetzt beim Wort genommen.“ *M. T.*

Katholiken und Moslems auf den Philippinen

Wieder einmal sind die Philippinen in die Schlagzeilen geraten. Einige Hoffnung knüpfte man allgemein an die Mitteilung, die Gespräche zwischen Regierungsvertretern und Moslemführern in Libyen hätten einen Waffenstillstand und eine voraussichtlich baldige friedliche Beilegung des Kon-

fliktes gebracht. Geradezu allergisch reagierte der philippinische Präsident *Ferdinand Marcos* auf einen in der amerikanischen Presse zitierten Bericht des US-Außenministeriums über Folterungen auf den Philippinen. Die katholische Kirche schließlich, die stärkste und einflußreichste Gruppe-

rung des Landes, wurde durch eine Reihe schwerwiegender Maßnahmen seitens der Regierung und des Militärs unter Druck gesetzt.

Der ignorierte Krieg

Mit großem propagandistischem Aufwand bemühte sich die Regierung Ende Dezember vergangenen Jahres, praktisch das Ende *der kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten, als „Rebellen“ eingestuften Moslems und Regierungstruppen* zu proklamieren, obwohl das bisherige Verhandlungsergebnis kaum ausreichenden Anlaß für einen solchen Optimismus bietet. Unter der rund 42 Millionen zählenden Bevölkerung, die zu ca. 80% katholisch ist, gibt es ungefähr 3 Millionen Moslems. Sie wohnen zumeist auf den südlichen Inseln und fühlen sich praktisch seit 400 Jahren als unterdrückte Minderheit. Fast ständig hat es Auseinandersetzungen mit den jeweils Regierenden gegeben. Die Katholiken wurden stärker in den Konflikt verwickelt, als ihnen nach 1946, dem Jahr der Unabhängigkeit, nahegelegt wurde, sich im islamischen Süden anzusiedeln, wo es Land und Arbeit genug gebe. Die Regierung vergab offiziell Land, das bis dahin im Besitz der Moslems gewesen war. Dies führte zu ständigen Streitigkeiten und in der Folge zur Bildung von bewaffneten Gruppen auf beiden Seiten. Die Eskalation ging weiter durch das *Eingreifen von Regierungstruppen und die Gründung der Moro National Liberation Front*, angeführt von *Nur Misuari*, der sich während seines Politologie-Studiums das nötige theoretische Wissen aneignete. Die aus Christen gebildete Miliz (Ilagas) erwarb sich traurigen Ruhm durch eine Reihe von Massakern. Dabei zeigte sich, daß die Regierungsstellen durchwegs auf Seiten der Christen waren. Nach der Auflösung der Ilagas stellte sich ein Großteil von ihnen der Armee oder Gendarmerie zur Verfügung. Als Präsident Marcos am 21. September 1972 das Kriegsrecht proklamierte, begründete er diesen Schritt u. a. mit der angeblichen Rebellion im ganzen Land, d. h. mit kommunistischen Un-

tergrundkämpfern im Norden und moslemischen Aufständischen im Süden. Laut „Le Monde“, die eine umfassende Analyse des „ignorierten Krieges“ (16.–18. 12. 76) veröffentlichte, bemühte sich Präsident Marcos damals zunächst noch, das Vertrauen und die Zusammenarbeit der Moslems bei der Schaffung der propagandierten „Neuen Gesellschaft“ zu gewinnen, indem er ihnen Waffen aushändigte, während im ganzen Land privater Waffenbesitz verboten wurde. Die Moslems blieben jedoch skeptisch gegenüber diesem Versuch aus Manila, sie zu „kaufen“. Deshalb wurden mit dem unverhofften Geschenk in erster Linie Moslemmilizen ausgerüstet. Dadurch kam es zu einer Ausweitung des Waffenverbotes auch auf den Süden und damit zur Konfrontation mit Regierungstruppen. Dieser Bürgerkrieg, der nur noch wenig mit den früheren Querelen zwischen Moslems und neu hinzugezogenen Christen zu tun hatte, wurde in den folgenden Jahren immer blutiger. Es kam zum Einsatz von schweren Waffen.

Die Moslems erhielten ideelle und materielle Unterstützung aus den arabischen Staaten. Erst als sich abzeichnete, daß unter Führung von Libyens Staatschef *Ghadafi* das arabische Lager aus Solidarität mit den philippinischen Moslems einen Ölboykott in Erwägung zog, suchte Marcos nach der Möglichkeit einer friedlichen Beilegung. Im November 1976 reiste deshalb seine Frau *Imelda Marcos* nach Libyen und bahnte den Weg für Gespräche. Die Ende Dezember abgeschlossene erste Verhandlungsrunde brachte das Übereinkommen, „einen Waffenstillstand in Kraft zu setzen und auf den Südphilippinen alle militärischen Operationen“ einzustellen. Ergänzend erklärte der Präsident, das Abkommen sehe eine „regionale autonome moslemische“ Regierung in den 13 südphilippinischen Provinzen, eine eigene Gerichtsbarkeit und die Einführung eines internen Sicherheitssystems vor, das unter der Kontrolle der Regierungstruppen stehe. Eine Volksabstimmung solle ergeben, ob sich eine Mehrheit in den betroffenen Provinzen für die von Moslems zu bildende

Regionalregierung ausspricht. Unmißverständlich machte Marcos aber auch darauf aufmerksam, daß man zwar Autonomie ausgehandelt habe, es sich dabei jedoch nicht um die Art eines unabhängigen Staates handeln werde, wie sie es verlangt hätten. Ebenso sei das Ansinnen einer eigenen Moslemstreitmacht für die Regierung in Manila unannehmbar. Mit dieser Einschränkung wird deutlich, daß der Konflikt noch keineswegs ausgestanden ist. Schwierigkeiten dürften sich auch daraus ergeben, daß sich längst nicht alle bewaffneten Moslemgruppen durch die Unterhändler in Libyen repräsentiert fühlen. Insofern bleibt zweifelhaft, ob es in absehbarer Zeit wirklich zu einer Beruhigung und zu einer Beendigung der blutigen Kämpfe kommen wird, die bisher mehr als 10 000 Menschenleben unter der Zivilbevölkerung und etwa 5000 unter den kriegführenden Parteien gefordert haben sollen und rund 500 000 Menschen heimatlos gemacht haben. Auch die Kosten von rund 270 000 US-\$ auf Regierungsseite pro Tag wirken sich natürlich immer stärker belastend für das ganze Land aus (vgl. *Far Eastern Economic Review*, 14. 1. 77).

Unbequeme Katholiken

Von Anfang an hatte sich Präsident Marcos bemüht, den Konflikt nicht als religiös motivierte Auseinandersetzung hinzustellen. Er versuchte, sich dem Vorwurf der Verfolgung der Moslems wegen ihres Glaubens dadurch zu entziehen, daß er die ganze Schuld an den Unruhen maoistischen Agitatoren zuschob. Doch den Beweis für diese Behauptung blieb er bis heute schuldig. Der in Libyen im Exil lebende Moslemführer *Nur Misuari* behauptete in einem Interview (*Le Monde*, 17. 12. 76), daß es keine Beziehungen zur kommunistischen Guerillabewegung gebe. Jenseits des gemeinsamen Zieles der „Befreiung des Volkes“ sei zwischen beiden Gruppen keine Übereinstimmung zu finden: „Kommunismus und Islam können nicht zusammengehen.“ Statt dessen fand er sehr freundliche und versöhnliche Worte über die Christen, die un-

ter einer autonomen Regierung durch- aus ihren Platz in den Südphilippinen hätten. In der Vergangenheit habe es vielfach Mißverständnisse gegeben, doch wisse er auch, daß sehr viele Christen der Sache der Moslems ihre Sympathie und Unterstützung geschenkt hätten. Dies entspricht einer Reihe von Berichten, die verstärktes Bemühen der Katholiken um ein Gespräch mit den Moslems herausstellen und zum Teil von erstaunlichen Ergebnissen, Aktionen und Plänen Mitteilung machen (vgl. u. a. Die Katholischen Missionen, Heft 3/1976).

Dieses Zusammengehen von katholischer Kirche und „aufständischen“ Moslems paßte Präsident Marcos natürlich in keiner Weise. Eine wichtige Begründung für die Aufrechterhaltung des Kriegsrechts geriet damit ins Wanken. Die Sprachregelung seitens der Regierung lautete deshalb schon lange, eine „christliche Linke“ mache mit den Kommunisten gemeinsame Sache bei der Agitation unter der südphilippinischen Bevölkerung. Daß die jüngsten Schläge gegen die Kirche besonders stark im nur von einem geringen Prozentsatz an Katholiken bewohnten Süden geführt wurden, dürfte also kein Zufall sein. Schon in den vergangenen Jahren kamen die kritischsten Stimmen gegen das Kriegsrecht von Bischöfen aus dem Süden.

Sollte es nun doch zu einem Waffenstillstand kommen, dürfte es für Marcos schwer sein, die *Beibehaltung des Ausnahmezustandes* zu begründen, für den er sich erst im Oktober 1976 in einer von kirchlichen Stellen als „Farce“ deklarierten Volksabstimmung die „Unterstützung“ von 96 Prozent der Wähler hat geben lassen. Jede Kritik aus dem Lager der katholischen Kirche ist ihm seit langem ein Dorn im Auge. Doch die Nervosität scheint in den letzten Wochen gestiegen zu sein. Bei der Auswahl der Maßnahmen gegen einzelne Katholiken und katholische Institutionen ging die Regierungsseite bisher so geschickt vor, daß sie die Differenzen innerhalb der Bischofskonferenz zu nutzen wußte und nur selten mit einem gemeinsamen scharfen Protest zu rechnen hatte. Die jetzt erfolgte Häufung

von Eingriffen jedoch könnte das Bild in absehbarer Zeit entscheidend ändern.

Ende November wies die Regierung innerhalb von drei Tagen zwei amerikanische Geistliche aus, schloß zwei katholische Rundfunksender in Mindanao (Süden) und verhaftete dort rund 150 zumeist in der Sozialarbeit stehende Katholiken und Protestanten. Den Inhaftierten warf man vor, sie hätten mit den Kommunisten zusammengearbeitet, und den Sendern wurde unterstellt, verschlüsselte Nachrichten an die kommunistischen Guerillas durchgegeben zu haben. Die Informationen für diese Beschuldigungen sollen angeblich vom Chef der Guerillaverbände in Mindanao, *Renato Casipe*, stammen, der sich ergeben habe. Ausgewiesen wurden der Maryknollpater *Edward Gerlock*, der sich früher schon einmal einem langen Prozeß unterziehen mußte, weil er führend bei der katholischen „*Free Farmer Federation*“ mitgewirkt hatte, die der Regierung suspekt erscheint. Ihm wurde jetzt zum Vorwurf gemacht, er habe die ihm auferlegte Bewährung nicht eingehalten und sich an vier Massendemonstrationen beteiligt (NCNS, 24. 11. 76). Nur zwei Tage später erteilte Pater *Albert Booms* (PIME) während eines Aufenthalts im Süden das gleiche Schicksal. Schließlich wurde noch bekannt, daß dem belgischen Priester und Soziologen *François Houtart* die Einreise verweigert wurde, weil er angeblich eine Intensivierung der subversiven Propaganda plante (Far Eastern Economic Review, 3. 12. 76). Anfang Dezember dann versetzte die Regierung der Kirche einen ganz empfindlichen Schlag. Die zwei Publikationen „*The Communicator*“, herausgegeben von den Jesuiten, und „*Signs of the Times*“, herausgegeben von dem Zusammenschluß der Ordensoberen (AMRSP), wurden verboten, die Büros besetzt, verschiedene Mitarbeiter vorübergehend verhaftet. Bei diesen Veröffentlichungen handelte es sich um die letzten noch unzensurierten und kritischen Stimmen. Schon seit längerer Zeit war die Schließung besonders von „*Signs of the Times*“ befürchtet worden. Die bisher letzte Maßnahme richtete sich

gegen den einheimischen Bischof *Francisco Claver* von Malabalay auf der Insel Mindanao, dem ein Ausreisevisum für die Teilnahme an einer theologischen Konferenz in Dublin verweigert wurde. Ähnliches war ihm bereits voriges Jahr widerfahren, als er zum Eucharistischen Weltkongreß nach Philadelphia wollte. Erst großer internationaler Protest führte damals dazu, daß er doch noch die Ausreiseerlaubnis erhielt.

Fehlende Geschlossenheit

Kardinal *Jaime L. Sin*, der Erzbischof von Manila, gilt allgemein als Schlüsselfigur in dem ständigen Tauziehen zwischen Staat und Kirche. Bereits mehrmals ist er mit mutigen und kritischen Worten an die Öffentlichkeit getreten und hat sich für die Belange unterdrückter Katholiken eingesetzt. Doch in letzter Zeit hält er sich auffallend zurück. So blieben etwa 20 Bischöfe (von 80) im August 1976 allein mit ihrem detaillierten Bericht über Mißbräuche des Kriegsrechts, Verletzung der Menschenrechte und *Unterdrückung kirchlicher Aktivitäten*.

Auch die 14 Bischöfe, die im September zu einem Boykott der Volksabstimmung aufriefen, fanden nicht die nötige Rückendeckung bei den übrigen Bischöfen. Ebenso erging es jetzt den Bischöfen von Mindanao, deren Hilferuf bei den Amtskollegen weitgehend überhört wurde. Kardinal Sin gibt in laufender Folge Interviews, die bei genauer Analyse seinen Standort einigermaßen bestimmen lassen. So ist er zwar der Meinung, es sei „das Recht und die Pflicht der Kirche, jede Form sozialen Unrechts anzuprangern“, und dafür bestehe in erster Linie von der Kanzel die Möglichkeit, doch im konkreten Fall verweigert er betroffenen Priestern oft die Unterstützung, wenn sie wegen ihres sozialen Engagements oder ihres Protestes von der Regierung verfolgt werden. Mit Anhängern der „Theologie der Befreiung“ will er nichts zu tun haben. („Wir glauben nicht, daß es so etwas wie einen linken Christen gibt, weil man

dann, wenn man ein Linker ist, ein Kommunist ist – und deshalb ist man kein Christ“, zit. nach Far Eastern Economic Review, 10.12.76.) Über die beiden ausgewiesenen Amerikaner und zwei bereits im Januar 1976 des Landes verwiesene italienische Missionare sagte er im gleichen Interview: „Wenn sie diese Dinge tun, dann sollten sie bestraft werden. Wenn die Zeit kommt, daß Missionare, die wir für sehr gut halten, deportiert werden, dann werden wir einschreiten.“ Die radikalen einheimischen Priester sind mittlerweile entweder im Untergrund oder im Gefängnis. Die ausländischen Missionare, mehr als die Hälfte der rund 5000 im Lande tätigen Prie-

ster und meist Ordensmänner, sind mehr und mehr der Motor für das soziale Engagement und die Kritik am Kriege, was sich nicht zuletzt in ihrer Publikation „Signs of the Times“ zeigte. In einer vom Präsidenten bewußt auf Nationalismus getrimmten Gesellschaft muß dies natürlich auch in der Kirche zu Unbehagen führen. Die *Visa für Missionare* haben nur noch für jeweils ein Jahr Gültigkeit, Protest gegen diesen Beschluß gab es kaum. Neben der Gefahr einer Spaltung der Kirche in Einheimische und Ausländer gibt es die Spaltung in Anhänger eines Arrangements mit der Regierung und in klare Gegner der Kriegegesellschaft. Rücksicht-

nahme auf kommende Verhandlungen mit der Regierung über Gesetze zur Geburtenregelung und zur Ehescheidung sowie die *drohende Besteuerung kirchlichen Besitzes* bestimmen das Verhalten vieler Bischöfe in der augenblicklichen Situation. Der päpstliche Nuntius scheint alles auf „gute Beziehungen“ zwischen dem Vatikan und der Regierung abzustellen (America, 9.10.76), und die Ordenskongregation rief nach einem Besuch von Kardinal *Sebastiano Baggio* auf den Philippinen die Ordensmitglieder zur Unterordnung unter die Hierarchie auf. Der entsprechende Brief hat die Unruhe in der Kirche noch verstärkt. N. S.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Arbeitslose und offene Stellen

Vorläufige Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende September 1976

In Ergänzung zum nachstehenden Interview und im Einverständnis mit der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichen wir hier die vorläufigen Ergebnisse einer von der Bundesanstalt im Herbst 1976 durchgeführten Strukturuntersuchung zur Arbeitsmarktsituation. Da September erfahrungsgemäß die Zeit mit geringsten negativen saisonalen Einflüssen ist, ist gerade der Vergleich zwischen September 1975 und September 1976 für länger anhaltende konjunkturelle und strukturelle Aspekte der Arbeitsmarktlage besonders aufschlußreich. Der hier verwendete Vergleichsrahmen zeigt somit am ehesten das wirkliche Problemausmaß und bietet zugleich die notwendige Differenzierung der mittelfristig zu erwartenden Entwicklung der Arbeitsmarktsituation.

Die Bundesanstalt versucht erstmals, beide Seiten des Arbeitsmarktes in eine Strukturanalyse einzubeziehen. In der laufenden monatlichen Arbeitsmarktberichterstattung steht weniger die absolute Zahl der Stellenangebote als vielmehr deren (konjunkturelle) Tendenz im Vordergrund. Dabei sind die offenen Stellen ein Arbeitsmarkt-Indikator neben anderen. Bei einer Strukturuntersuchung wird dagegen mehr auf den direkten Vergleich von Kräfteangebot und Kräfteachfrage abgestellt. Das heißt, es geht dabei zentral um die Frage des Arbeitsmarktausgleichs,

genauer um den Ausgleich auf einer größeren Zahl von Teilarbeitsmärkten.

Ein solches Vorhaben stößt auf verschiedene Schwierigkeiten. Allgemein muß festgestellt werden, daß sich die gesamtwirtschaftliche Kräfteachfrage (schon global) einer genaueren Messung mehr entzieht als die der Arbeitslosigkeit. So werden nicht alle in der Wirtschaft vorhandenen freien Arbeitsplätze über die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit besetzt (Einschaltungsgrad der Bundesanstalt für Arbeit). Im übrigen ist keine Aussage darüber möglich, inwieweit es sich bei den gemeldeten offenen Stellen um Zusatz-, Ersatz- oder Austauschbedarf handelt.

Im Hinblick auf die tiefgreifenden Veränderungen, die sich in der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Verlauf der letzten Jahre mit ihren quantitativen und qualitativen Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Kräfteachfrage ergeben haben, werden Strukturuntersuchungen über die Angebots-Nachfrage-Konstellation, gerade bei sich bessernder Lage auf dem Arbeitsmarkt, notwendig. Auf die Grenzen der Aussagefähigkeit dieser Gegenüberstellung wird im einzelnen hingewiesen. Im Zuge weiterer Strukturanalysen vergleichbarer Art wird es möglich werden, die Sicherheit der Aussagen zu erhöhen.